Nummer 91 — 34. Jahrgang
Erscheint 6 mal wöchentlich mit der illustrierten Gratisbeilage „Der Feuerreiter" und mehreren Textbeilagen
Monatliche Bezugspreise:
Ausg. A mit St. Sonnabl. und Feuerreiter M. 2,70
Ausg. B. ohne St. Sonnabl. u. mit Feuerreiter M. 2,20
Ausg. C ohne St. Sonnabl. u. ohne Feuerreiter M. 1,70
Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabend- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

Sächsische Volkszeitung

Ausgabe A—B und C
Mittwoch, den 17. April 1935
Verlagsort Dresden
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 8 Pfg. — für Familienanzeigen und Stellengesuche 6 Pfg. — Für Platzvorschriften können wir keine Gewähr leisten

Redaktion: Dresden-A., Pillnitzer Str. 11, Fernr. 20711 u. 21013
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei u. Verlag Th. u. G. Winkel, Pillnitzer Str. 17, Fernr. 21012,
Postscheck: Nr. 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 94707

Unabhängige Tageszeitung für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einstweiliger Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint — Erfüllungsort Dresden

Meinungsverschiedenheiten in Genf

Die Montagverhandlungen in Genf

Genf, 16. April. Die erste Sitzung des Völkerbundsrates, die am Montag um 11 Uhr stattfinden sollte, war bekanntlich auf Wunsch der englischen Delegation auf den Nachmittag verschoben worden. Die so entstandene Pause wurde eifrig zu Verhandlungen zwischen den Delegationen benutzt.

Am Montagnachmittag fanden zahlreiche Besprechungen unter den Ratsmitgliedern statt, von denen eine Unterredung zwischen dem polnischen Außenminister Beck und dem italienischen Delegierten Baron Aloisi, eine weitere zwischen Beck und dem französischen Außenminister Laval, Verhandlungen des italienischen Delegierten mit dem Ratspräsidenten und dem argentinischen Ratsmitglied sowie ein Gespräch Aloisis mit dem dänischen Außenminister Munch hervorgehoben zu werden verdienen.

Die Verhandlungen Aloisis mit Munch und Cantilos beschäftigten sich hauptsächlich mit dem Wortlaut der Entschließung des Völkerbundsrates, die die Behandlung der französischen Note durch den Rat beenden soll. Während namentlich von seiten der Kleinen Entente diese Entschließung als zu schwach kritisiert und von ihr eine ausdrückliche Erwähnung und Verurteilung Deutschlands verlangt wird, scheinen sowohl der dänische Außenminister als auch der argentinische Delegierte umgekehrt gegen die beabsichtigte Entschließung protestiert zu haben, weil vorgesehen ist, im zweiten Teil dieser Entschließung Maßnahmen zur Verhinderung künftiger einseitiger Vertragsaufkündigungen zu verlangen. Die Vertreter Dänemarks und Argentiniens sollen in ihren Unterhaltungen betont haben, daß ihre Länder den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet haben, und daß sie diesen Vertrag für ungerecht halten. Wenn die natürliche Entwicklung zu einer Abänderung dieses Vertrages führe, so wäre es falsch, jetzt neue künstliche Barrieren für diese Entwicklung zu errichten. Auf jeden Fall wollen die Vertreter dieser Länder verlangen, daß die Entschließung nicht auf den Versailler Vertrag Bezug nimmt.

Auch der polnische Außenminister Beck hat gegen die Formulierung der in Stresa entworfenen Ratsentschließung eine Reihe von Einwänden erhoben.

Beck wendete sich gegen die Absicht der drei Westmächte, allgemein künftige Fälle von Verträgen unter Strafe stellen zu wollen, wie es bekanntlich ein besonderer Ausschuß des Rates vorschlagen will. Der polnische Außenminister verlangt vielmehr, daß die Vertragsverletzungen, die unter die vom Rat vorzunehmenden Sanktionen fallen sollen, genau definiert werden müßten, damit nicht unter Umständen auch die bereits erfolgte polnische Aufkündigung von Minderheitenschutzverträgen beziehungsweise weitere polnische Schritte auf diesem Wege unter Strafe fallen.

Die Ratssitzung abermals verschoben

Die nordischen Staaten äußern Bedenken in der Sanktionsfrage

Die für heute früh um 11 Uhr angesetzte geheime Sitzung des Völkerbundsrates, die sich mit der französischen Klage über den deutschen Schritt vom 16. März befassen sollte, ist auf heute Nachmittag um 4 Uhr vertagt worden.

Der Grund für diese Verschiebung ist darin zu suchen, daß man angesichts der bestehenden Gegensätze über die Behandlung dieser Frage in den Vorbesprechungen noch nicht weit genug gediehen ist, um eine Erörterung in offizieller Ratssitzung zweckmäßig erscheinen zu lassen. So kann nicht einmal die für heute vormittag in Aussicht genommene Einsetzung eines Dreierausschusses, dem die Ausarbeitung eines Entschließungsentwurfes obliegen sollte, erfolgen. Für den heutigen Vormittag sind lediglich zahlreiche Einzelbesprechungen unter den verschiedenen Delegationen angesetzt, die einerseits der Vorbereitung der kommenden Ratssitzung, andererseits der weiteren Erörterung der Donaufragen gewidmet sein werden.

„Journal des Nations" glaubt zu wissen, daß bei den Verhandlungen im Völkerbund die Frage der Sanktionen für zukünftige Vertragsbrüche große Schwierigkeiten bereite. Während die englischen Delegationsmitglieder zu finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen bereit sein sollen, würden bekanntlich von dem Vertreter der nordischen Staaten, dem dänischen Außenminister Bedenken erhoben. Dies entspreche übrigens auch der von den skandinavischen Staaten im Laufe der letzten Jahre eingenommenen Haltung, die verschiedentlich gegen eine Präzisierung des Artikels 16 Einspruch erhoben hätten. Auch die lateinamerikanischen Ratsmitglieder stünden den Sanktionsbestrebungen grundsätzlich ablehnend gegenüber, was beim Chakokonflikt erst kürzlich wieder zum Ausdruck gekommen sei. Ebenso wollten die britischen Dominions sich in dieser Richtung nicht binden. Von dieser Seite soll die Anregung gemacht worden sein, eine Lösung im rein europäischen Rahmen zu suchen.

Die Berichterstattung vor dem Rat

Ungelöste Schwierigkeiten

Genf, 16. April.

Wie von französischer Seite verlautet, scheint man gegenwärtig zu erwägen, die ursprüngliche Absicht, einen Dreier-Ausschuß zur Ausarbeitung des Entschließungsentwurfes über die französische Klage beim Völkerbundsrat einzusetzen, fallen zu lassen. Man scheint jetzt offenbar zu der Ansicht gekommen zu sein, daß auch im Rahmen eines derartigen Ausschusses nur unter Schwierigkeiten praktische Ergebnisse erzielt werden könnten. Die in Aussicht genommenen Berichterstatter scheinen selbst wenig Neigung gezeigt zu haben, die ihnen zugedachte Aufgabe zu übernehmen. Besonders der dänische Außenminister Munch soll bisher seine Teilnahme an derartigen Arbeiten abgelehnt haben. Die französische Delegation will daher auf Grund ihrer zahlreichen Besprechungen mit den Ratsmächten von sich aus eine Entschließung vorbereiten. Von anderen Seiten scheint man jedoch diesen französischen Absichten erhebliche Widerstände entgegenzusetzen, da man es nicht wünscht, daß Frankreich allein über die Abfassung des endgültigen Textes Entschlüsse faßt. Es gehen daher nach wie vor gewisse Bestrebungen dahin, doch noch einen Dreierausschuß zustande zu bringen. Jedenfalls erscheint es auch fraglich, ob es der französischen Delegation tatsächlich gelingen wird, einen Text vorzubereiten, der die einstimmige Annahme aller Ratsmächte findet, da verschiedene Mächte keineswegs gewillt sind, sich der These Frankreichs zu beugen.

•

London, 16. April.

Der französische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet aus Genf, Anfragen bei den verschiedenen Völkerbundsvertretungen machten es klar, daß es der französischen, britischen und italienischen Regierung nicht leicht fallen werde, den Völkerbundsrat zu veranlassen, eine moralische Verurteilung der deutschen Wehrpflichtmaßnahme auszusprechen. Der dänische Außenminister Munch habe bereits zu verstehen gegeben, daß er nicht als Berichterstatter für die drei Stresa-Mächte aufzutreten wünsche.

Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, bei einem Empfang der britischen Presse am Montagnachmittag habe sich Sir John Simon hauptsächlich darauf beschränkt, Aufklärungen über die Stresa-Konferenz zu geben. Eine Tatsache, die klar zutage trete, sei, daß die Locarnoverpflichtungen uneingeschränkt aufrechterhalten bleiben sollten. Was die französische Denkschrift über die deutsche Aufrüstung anbelange, so habe sich die Haltung Polens und Dänemarks bisher als Haupthindernis erwiesen. Diese beiden Mächte wünschten, daß der Völkerbundsrat keine Verurteilung Deutschlands ausspreche.

Auch eine Reutermeldung aus Genf besagt, die französische Denkschrift über die deutsche Aufrüstung stoße auf ein gewisses Maß von Widerstand auf polnischer, dänischer und südamerikanischer Seite.

Erste Innenaufnahme von der Konferenz in Stresa.

Die Verhandlungspartner am letzten Tage der Konferenz im Musiksaal des Schlosses Borromeo auf Isola Bella (von links): Der französische Außenminister Laval, Mussolini, Englands Regierungschef Macdonald und der französische Ministerpräsident Flandin.

Fodor-Bildmatern-Dienst.

Die Rolle Titulescus

Warschau, 16. April.

Der zum Regierungslager gehörige „Expreß Poranny" zitiert einen scharfen Angriff der Londoner „Times" gegen Titulescu, dem die „Times" vorwarf, daß er durch sein Verhalten eine Revision der militärischen Klauseln für Oesterreich, Ungarn und Bulgarien in Stresa unmöglich gemacht habe. Dabei habe er, statt offen von seiner Meinung zu sprechen und seine Forderungen zu motivieren, den am wenigsten männlichen Weg gewählt, hinter dem Zaun zu schreien. „Expreß Poranny" schreibt: Die Ausführungen der „Times" gegen den Außenminister eines fremden Staates, der noch dazu jahrelang Gesandter in London war, sei wirklich ein Erfolg, um den kein Staatsmann Herrn Titulescu beneiden möchte.